



Innen- und Rechtsausschuss
Die Vorsitzende

Kiel, 2. Dezember 2021
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1143
(0431) 988 1152
Fax (0431) 988 610 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzb e r i c h t

über die 133. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses**

am Mittwoch, dem 1. Dezember 2021, 14:00 Uhr
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

Beginn: 14:00 Uhr

1. a) **Bericht der Landesregierung zur Unterbringungssituation Geflüchteter in Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion der SPD
[Umdruck 19/6619](#)

b) **Bericht der Landesregierung über die aktuelle Zugangsentwicklung von Flüchtlingen**

Staatssekretär Geerds berichtete, eine Aussprache schloss sich an.

2. **Förderung von Dach- und Fassadenbegrünung in Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion der SPD
[Drucksache 19/2068](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
[Umdruck 19/6786](#)

Abg. Rother erklärte, die Fraktion der SPD ziehe Punkt 2 ihres Antrags, [Drucksache 19/2068](#), zurück. Sodann empfahl der Ausschuss dem Landtag den Antrag, [Drucksache 19/2068](#), mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen von SPD und SSW zur Ablehnung.

Mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP bei Enthaltung von SPD und SSW empfahl der Ausschuss dem Landtag, den Antrag, [Umdruck 19/6786](#), zu übernehmen und ihm zuzustimmen.

3. **eSport auch in Schleswig-Holstein fördern**

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 19/896](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
[Umdruck 19/6639](#)

Der Ausschuss kam überein, den Änderungsantrag, [Umdruck 19/6639](#), als selbstständigen Antrag zu beraten.

Mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimme des SSW bei Enthaltung der SPD empfahl der Ausschuss dem Landtag vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Bildungsausschusses, den Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW, [Drucksache 19/896](#), abzulehnen.

Einstimmig bei Enthaltung des SSW empfahl der Ausschuss dem Landtag, den Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, [Umdruck 19/6639](#), zu übernehmen und ihm zuzustimmen.

4. Entwurf eines Gesetzes des Landes Schleswig-Holstein zur Ausführung des Staatsvertrages zur Neuregulierung des Glücksspielwesens in Deutschland (GlüStV 2021 AG SH)

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 19/3175](#)

Der Ausschuss kam überein, dem Landtag zum Dezember-Plenum eine Beschlussempfehlung zuzuleiten.

5. a) Lehren aus Pandemie und Flutkatastrophe ziehen - den Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein optimal aufstellen

Antrag der Fraktion der SPD
[Drucksache 19/3187](#)

b) Bevölkerungsschutz im Katastrophenfall gewährleisten

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
[Drucksache 19/3219](#)

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

6. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Sicherstellung ordnungsgemäßer Planungs- und Genehmigungsverfahren in Schleswig-Holstein während der COVID-19-Pandemie (Landes-Planungssicherungsgesetz Schleswig-Holstein - LPlanSiG SH)

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
[Drucksache 19/3383](#) (neu)

Einstimmig empfahl der Ausschuss dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfs der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, [Drucksache 19/3383](#) (neu), mit einer redaktionellen Änderung.

7. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesmeldegesetzes und weiterer Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 19/3398](#)

Der Ausschuss beschloss die Durchführung einer schriftlichen Anhörung (Benennung der Anzuhörenden bis 15. Dezember 2021).

8. Entwurf eines Gesetzes über die Zentrale Anlaufstelle für Opfer von Straftaten und deren Angehörige und die Opferschutzbeauftragte oder den Opferschutzbeauftragten des Landes Schleswig-Holstein - Opferunterstützungsgesetz (OuG)

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
[Drucksache 19/3411](#)

Der Ausschuss beschloss die Durchführung einer schriftlichen Anhörung (Benennung der Anzuhörenden bis 15. Dezember 2021).

9. Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Rückkehrrechts für kommunale Wahlbeamtinnen und Wahlbeamte

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 19/3426](#) (neu)

Der Ausschuss beschloss die Durchführung einer schriftlichen Anhörung (Benennung der Anzuhörenden bis 15. Dezember 2021).

10. Verschiedenes

Nächste Sitzungen:

8. Dezember 2021 - entfällt

15. Dezember 2021 - Sitzung im Anschluss an die Vormittagssitzung des Landtags

Schluss: 15:10 Uhr

gez. Dr. Sebastian Galka